



Positionierung der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament zu den MFR-Plänen der Generaldirektion Haushalt (DG BUDG)

Die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament äußert große Besorgnis über die aus Medienberichten bekannten radikalen Umbaupläne der zuständigen Generaldirektion der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU ab 2028. Diese Pläne sehen unter anderem eine Zusammenlegung wesentlicher Fonds, wie Kohäsionspolitik, Landwirtschaft und Fischerei, vor, die als Zuschüsse in die nationalen Haushalte gehen würden. Besonders kritisch ist die dadurch angestrebte Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse über die Vergabe von EU-Fördermitteln von der regionalen auf die nationale Ebene der Mitgliedstaaten.

- Eine solche Zentralisierung würde den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt beeinträchtigen, denn die Europäische Kommission gäbe dadurch den Anspruch auf, entlang objektiver Kriterien die Kohäsionsfonds auszugeben und dadurch die Lebensverhältnisse anzugleichen;
- die Zuwendung der Mittel auf der nationalen Ebene in Verbindung mit nicht näher definierten „Reformen“ in den Mitgliedstaaten würde einen erheblichen politischen und administrativen Mehraufwand auslösen. Welche Ziele durch diese Reformen erreicht werden sollen, ist bisher genauso offen, wie eine Beteiligung der Haushaltsbehörde Europäisches Parlament;
- eine starke Kohäsionspolitik, die alle Regierungsebenen in den Entscheidungsprozess einbezieht, ist entscheidend für eine faire und nachhaltige Entwicklung in Europa. Die stärkere regionale Beteiligung ist eine Gewähr dafür, dass regionale Bedarfe gedeckt werden. Durch einen derartigen Kommissionsvorschlag würde Zielgenauigkeit verloren gehen;
- eine regionale Anbindung der europäischen Kohäsionspolitik ist auch ein zentrales Element einer fairen und nachhaltigen Wettbewerbsstrategie.
- Es besteht die Gefahr, dass die EU-Mittel einfach in den nationalen Förderinstrumenten verschwinden. In der Folge kann es zu erheblichen Minderzuweisungen kommen;
- EU-geförderte Projekte machen Europa konkret vor Ort sichtbar und tragen so zu einem positiven Bild der EU bei. Ein Wegfall dieser EU-Förderung würde



zwangsläufig zu weniger Sichtbarkeit führen und die Identifikation mit dem europäischen Projekt mindern.

Wir als SPD-Gruppe im Europäischen Parlament halten diese Vorschläge für nicht zielführend, weil sie am Ende europäische Kohäsion schwächen und nicht stärken. Sie widersprechen daher den Grundwerten eines solidarischen und demokratischen Europas und gefährden die langjährige Praxis der regionalen Mitbestimmung in der EU-Förderpolitik. Eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse auf die nationale Ebene würde nicht nur die Autonomie der Regionen schwächen, sondern auch die Kontrolle über die Mittelvergabe, die parlamentarische Kontrolle einschränken und eine effektive Haushaltskontrolle gefährden. Eine zunehmende Machtkonzentration bei der Europäischen Kommission in der Kohäsionspolitik wäre eine gefährliche Entwicklung, die das Ziel, die EU näher an ihre Bürgerinnen und Bürger heranzuführen, konterkariert. Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo ihre Auswirkungen am stärksten spürbar sind: auf regionaler und lokaler Ebene, im Dialog mit den Betroffenen.

Eine starke, solidarisch ausgerichtete Kohäsionspolitik ist das Rückgrat der EU und sorgt dafür, dass die Bedürfnisse der Menschen in allen Regionen berücksichtigt werden. In Zeiten zunehmender autokratischer Tendenzen in Europa ist es wichtiger denn je, dass alle politischen Ebenen in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Das Europäische Parlament als einzige direkt demokratisch gewählte EU-Institution muss in der Entscheidungsfindung über die Verwendung europäischer Fördermittel weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Die Europäische Kommission muss im Mai 2025 den Entwurf für einen neuen MFR vorlegen. Die Europa-SPD wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass in diesem MFR-Vorschlag die bewährte Kohäsionspolitik in geteilter Mittelverwaltung enthalten ist.

Die Zukunft der EU liegt in der Stärkung ihrer demokratischen Institutionen und der Einbeziehung der Regionen. Deshalb setzen wir uns entschlossen für ein Europa ein, das auf Solidarität, Teilhabe und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern basiert und treten Renationalisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen entgegen.